

Antrag in der Bürgerversammlung Ramersdorf am 5.5.2025

Antragsteller: Thomas Kiesmüller

- Wir haben im benachbarten Stadtbezirk Giesing-Fasangarten (BA 17) eine ähnliche Problemlage wie hier in Ramersdorf-Perlach (BA 16)
- Dichte Bebauung, besonders in den Sommernächten zunehmende Hitzebelastung, was alle Bürger in den Stadtbezirken gesundheitlich belastet.
- Im südöstlichen München haben wir einen großen Vorteil:
- es gibt durch das Hachinger Tal von Süden her eine lebenswichtige kühlende Frischluftzufuhr für die Menschen, auch hier in Ramersdorf.
- Diese Frischluftschneise, dieser Grünzug Hachinger Tal ist deshalb für uns alle klimaökologisch von enorm großer Bedeutung.

Aber

- Diese Frischluftschneise und das zugehörige Kaltluftentstehungsgebiet ist extrem gefährdet durch ein gewerbliches Bebauungsvorhaben der Nachbargemeinde Neubiberg, durch den sog. „Zukunftspark Neubiberg“, mit dem unsere Zukunft, unsere Gesundheit beeinträchtigt wird – und da geht's im südöstlichen München um ungefähr 100.000 Menschen.
- Neubiberg plant in diesem Grünzug auf dem sog. Kapellenfeld einen gigantischen Gebäuderiegel:
ca. 500 m breit, bis zu 27 m hoch, entspricht etwa 9 Stockwerken.
- Dazu ist eine großflächige Photovoltaik-Anlage geplant.
- Der BA 16 von Ramersdorf-Perlach hat, wie auch der BA 17, zwar eindeutig eine ablehnende Stellungnahme gegen diese Planung abgegeben.
- Trotzdem will die Gemeinde Neubiberg weitermachen, warum?
- Hinter dem Bebauungsplan stecken die Eigentümer des Gebiets, die Multimilliardärs-Familiengruppe von Finck, denn ist gibt enormen Profit, wenn das Ackerland in ein Gewerbegebiet umgewandelt wird – manche rechnen mit einer halben Milliarde EUR Gewinn.
- Dagegen gefährdet dieser „Zukunftspark Neubiberg“ nachhaltig unsere Gesundheit, die Gesundheit von ca. 100.000 Bürgern im südöstlichen München und die unserer zukünftigen Generationen, auch in Ramersdorf.

Antrag in der Bürgerversammlung Ramersdorf am 5.5.2025

Deshalb stelle ich folgenden **Antrag**:

Wir fordern den Oberbürgermeister und die Stadträte sowie die Stadtplanung und städtischen Stellen auf, dass sie zum Schutz der Münchener Bürger

vor einem möglichen Beschluss der Nachbargemeinde Neubiberg zum Bebauungsplan „Zukunftspark Neubiberg“

1. alle politischen Möglichkeiten nutzen, um diesen Bebauungsplan zu vermeiden (z. B. im Regionalen Planungsverband)

und **nach** einem möglichen Beschluss der Gemeinde Neubiberg

2. juristisch dagegen klagen (z. B. mit einer Normenkontrollklage),
3. ein Klimagutachten fordern, in dem die Zulässigkeit der geplanten Bebauung im Grünzug Hachinger Tal überprüft wird. Dabei sollen besonders
 - a. die Prognosen für einen zukünftigen Temperaturanstieg berücksichtigt werden.
 - b. die klimaökologischen Auswirkungen der geplanten großflächigen Photovoltaik-Anlage auf das Kaltluftentstehungsgebiet überprüft werden.

Die Stadt München selbst soll zum Schutz seiner Bürger grundsätzlich auf klimaökologisch problematische Planungen im Grünzug verzichten.

*Über 200 anwesende Bürger*innen haben bei einer Gegenstimme dem Antrag zugestimmt.*